



Luise Otto Peters

* 26. März 1819 in Meißen; † 13. März 1895 in Leipzig

Luise Otto Peters war eine sozialkritische Schriftstellerin, Frauenaktivistin und eine Mitbegründerin der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung.

1843 wagte Louise Otto Peters den Schritt in die Öffentlichkeit und regt eine politische Auseinandersetzung mit der „Frauenfrage“ an. In einem Zeitungsartikel antwortet sie auf die in den Sächsischen Vaterlandsblättern gestellte Frage, wie die politische Stellung der Frau aussehen könne, mit folgendem Satz: „Die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.“ Sie initiierte damit die erste deutsche (bürgerliche) Frauenbewegung maßgeblich mit.

Luise Otto-Peters war eine der großen Protagonistinnen der 1848er-Revolution.

1849 wurde sie Herausgeberin der von ihr begründeten „Frauen-Zeitung“ unter dem Motto „Dem Reich der Freiheit verb ich Bürgerinnen!“. Sie stieß mit dieser Zeitung auf große Gegenwehr, musste sich Hausdurchsuchungen und Verhören unterziehen. 1850 wurde sogar das sächsische Pressegesetz geändert, um ihre Zeitung zu verbieten. Bekannt wurde diese gesetzliche Änderungen als „Lex Otto“. Zwar wurde damit allen Frauen die Herausgabe von Zeitungen verboten, aber da Louise Otto Peters die einzige Redakteurin im Land war, war eindeutig, dass diese gesetzliche Änderung eigens dafür geschaffen wurde, um sie an der Herausgabe der „Frauen-Zeitung“ zu hindern.

1865 gründete sie zusammen mit Auguste Schmidt den „Allgemeinen deutschen Frauenverein“, den sie drei Jahrzehnte als Vorsitzende leitete. Die Hauptziele des Vereins waren die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und die Verbesserung ihrer Bildungschancen.

§1 des ADF:

„Der Allgemeine deutsche Frauenverein hat die Aufgabe, für die erhöhte Bildung des weiblichen Geschlechts und die Befreiung der weiblichen Arbeit von allen ihrer Entfaltung entgegenstehenden Hindernissen mit vereinten Kräften zu wirken.“

Der Verein wurde auf einer großen Frauenkonferenz in Leipzig gegründet. Damit war zum ersten Mal in Deutschland ein Frauenverein entstanden, der sich für die Rechte von Frauen einsetzte. In den Zeitungen des Landes wurde die Konferenz als „Leipziger Frauenschlacht“ verunglimpft. Zudem wurde dem Verein immer wieder Männerfeindlichkeit vorgeworfen, da ausschließlich Frauen zur vollen Mitgliedschaft berechtigt waren.

1866 erschien ihre Schrift „Das Recht der Frau auf Erwerb“. Louise Otto Peters kämpfte dafür, dass für Frauen die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit erweitert werden, um (insbesondere auch unverheirateten) Frauen, die finanzielle (ökonomische) Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Zitate:

- „Menschenwürdiges Dasein für Alle, auch für die Frauen!“
- „Wir wollen lieber fliegen als kriechen.“
- „Die Geschichte aller Zeiten hat es gelehrt und die heutige ganz besonders, daß Diejenigen, welche selbst an ihre Rechte vergessen zu denken, auch vergessen wurden.“

Bildnachweis: AddF - Archiv der deutschen Frauenbewegung; A-D1/00001. Lizenz: CC BY-NC-SA 4.0.



Helene Lange

(* 9. April 1848 in Oldenburg; † 13. Mai 1930 in Berlin)

Helene Lange war eine deutsche Politikerin (DDP), Pädagogin und Frauenrechtlerin. In den Jahren 1919 bis 1921 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

1887 veröffentlichte sie „Die höhere Mädchenschule und ihre Bestimmung“. Den Text verfasste sie als Begleitschreiben zu einer Petition, die insbesondere die Ausrichtung der Mädchenschulbildung anklagte. Zu diesem Zeitpunkt sah die Erziehung der Mädchen aus dem bürgerlichen Milieu vor, sie auf die Ansprüche ihres späteren Ehemannes vorzubereiten. Ihre Schrift wurde als „gelbe Broschüre“ bekannt und löste heftige Debatten aus.

1890 gründete Helene Lange mit Auguste Schmidt und Marie Loeper-Houselles den „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein“ (ADLV), um die in der „Gelben Broschüre“ aufgestellten Forderungen der Lehrerinnen besser vertreten zu können. Das Engagement des Vereins gegen alle Widerstände zahlte sich in späteren Jahren durch die Zulassung von Frauen an den Universitäten (ab 1896) und die Preußische Mädchenschulreform (1908) aus. Diese Schulreform war ein erster wichtiger Schritt zur Gleichstellung von Mädchen und Jungen im Bildungssystem.

Zitat:

- „Wenn das Endziel der Frauenbewegung einmal erreicht ist, so wird es kein führendes Geschlecht mehr geben, sondern nur noch führende Persönlichkeiten.“

Bildnachweis: Landesarchiv Berlin, LAB B Rep. 235-FS Nr. 71. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang.



Alice Salomon

* 19. April 1872 in Berlin; † 30. August 1948 in New York

Alice Salomon war eine deutsche liberale Sozialreformerin in der deutschen Frauenbewegung und eine Wegbereiterin der Sozialen Arbeit als Wissenschaft.

1900 wurde Alice Salomon als eines der jüngsten Mitglieder in den Vorstand des Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) gewählt.

1906 promovierte Alice Salomon, angeregt durch ihr Engagement in der Arbeiterinnenschutz-Kommission, mit einer Arbeit über ein in der Frauenbewegung kontrovers diskutiertes Thema: „Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit“. Für Alice Salomon zeigte die ungleiche Entlohnung Gesetzmäßigkeiten, die jedoch keine Naturgesetze seien und somit beseitigt werden könnten. Ungleiche Entlohnung betrachtete sie als Folge der „regelmäßig noch vorherrschenden Teilung der Familienfunktionen zwischen Männern und Frauen in Erwerbsarbeit einerseits und Hausverwaltung und Erziehung andererseits“. Ziel müsse es sein, der Frauenarbeit ihren dilettantischen, provisorischen und zufälligen Charakter zu nehmen.

1933 verlor Alice Salomon alle öffentlichen Ämter in Deutschland, erfolglos versuchten die NS-Behörden, auch ihre internationalen Ämter zu annullieren. Vier Jahre später wurde sie, nach einem mehrstündigen Verhör durch die Gestapo, von den Nationalsozialisten zur Auswanderung gezwungen.

1939 wurden ihr die Staatsbürgerschaft sowie ihre Dokortitel (1906 Dr. phil., 1932 Dr. med. h.c. der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität) aberkannt, die Aberkennung wurde erst 1998 widerrufen.

Zitat:

- „Natürlich repräsentierte ich, obwohl ich nie einer politischen Partei angehört hatte, all das, was den Nazis missfiel. Ich war von jüdischer ‚Rasse‘; ich gehörte der kämpfenden protestantischen Kirche an; ich war eine progressive Frau, international eingestellt und daher pazifistisch.“

Quelle: Digitales Deutsches Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/alice-salomon#actor-content-about>).

Bildnachweis: Alice Salomon Archiv der ASH Berlin; Photogr. v. Hof-Atelier Elvira. München. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang.



Anita Augspurg

* 22. September 1857 in Verden (Aller); † 20. Dezember 1943 in Zürich

Anita Augspurg war eine deutsche Juristin, Aktivistin der bürgerlich-radikalen Frauenbewegung sowie Pazifistin.

Gemeinsam mit Lida Gustava Heymann gründeten sie 1902 in Hamburg den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht. Der Verein für Frauenstimmrecht gewann schnell viele neue Mitglieder und bekam noch im selben Jahr die Gelegenheit seine Forderungen dem Reichskanzler Bernhard von Bülow vorzutragen. Zentral war die Forderung nach einer Änderung des Vereinsgesetzes, das Frauen seit der Revolution von 1848/1849 die politische Beteiligung verbot. 1904 wurde der Verein in den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht umgewandelt und wurde Mitglied im Weltbund für Frauenstimmrecht. Das Ziel des Deutschen Verein für Frauenstimmrecht war die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen.

Von 1899 bis 1906 brachte Augspurg die „Parlamentarischen Angelegenheiten und Gesetzgebung“ als Beilage zu Minna Cavers Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ heraus und analysierte darin Reichstagsdebatten, Gesetze und Gerichtsurteile daraufhin, wie sie sich auf Frauen auswirken würden. Das heißt Augspurg betrieb in diesem Blatt eine frühe Form des ‚Gender Mainstreaming‘. Weiterhin begleiteten die „Parlamentarischen Angelegenheiten und Gesetzgebung“ zahlreiche öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die Augspurg vor allem gegen das Sexualstrafrecht und das Eherecht initiierte. Augspurg scheute in diesen Konflikten auch nicht davor zurück, sich selbst öffentlich zu exponieren, zum Beispiel indem sie 1902 ihre Verhaftung als Prostituierte inszenierte oder 1905 zum Eheboykott aufrief.

Von 1907 bis 1912 gab Anita Augspurg die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ heraus, von 1912 bis 1913 die Zeitschrift „Frauenstimmrecht“ (in der sie ihre Nationalhymne der Frauen publizierte) und ab 1919 die Zeitschrift „Die Frau im Staat“, in der feministische, radikaldemokratische und pazifistische Positionen vertreten wurden.

Im Ersten Weltkrieg nahmen Augspurg und Heymann an internationalen Frauen-Friedenskonferenzen teil und hielten illegale Versammlungen in ihrer Münchner Wohnung ab. Gemeinsam mit weiteren Pazifistinnen verbreiteten sie Flugschriften gegen den Krieg.

Während der Machtübernahme der NSDAP waren Augspurg und Heymann auf einer Auslandsreise, von der sie nicht nach Deutschland zurückkehrten. Sie befürchteten Repressalien, da sie unter anderem 1923 beim bayerischen Innenminister die Ausweisung des Österreicher Adolf Hitler wegen Volksverhetzung beantragt hatten. Ihr Besitz wurde beschlagnahmt. Ihre Bibliothek und alle Aufzeichnungen aus ihrer jahrzehntelangen Arbeit in der nationalen und internationalen Frauenbewegung gingen verloren.

Augspurg und Heymann lebten bis zu ihrem Tod 1943 im Exil in der Schweiz.

Zitat:

- „Was verstehen wir unter dem Rechte der Frau? Nichts anderes als das Recht des Menschen überhaupt!“.

Quelle: Digitales Deutsches Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/anita-augspurg#actor-quotations>).

Bildnachweis: Deutsches Historisches Museum, ZB 20 -119. 1902. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang.



Hedwig Dohm

* 20. September 1831 in Berlin; † 1. Juni 1919 ebenda

Hedwig Dohm war eine deutsche Schriftstellerin und Frauenrechtlerin. Sie war eine der ersten feministischen Theoretikerinnen, die geschlechtsspezifische Verhaltensweisen auf die kulturelle Prägung zurückführte statt auf biologische Determination.

Hedwig Dohm gilt als brillianteste und radikalste Feder der historischen Frauenbewegung und als bedeutendste Vordenkerin des radikalen Flügels. Bereits 1873 forderte sie das Stimmrecht für Frauen und kämpfte für deren rechtliche, soziale und ökonomische Gleichstellung. Als feministische Theoretikerin und Autorin zahlreicher Essays, Romane und Novellen gehört sie zu den wichtigsten Autorinnen der Wende zum 20. Jahrhundert.

In ihren Schriften attackierte sie mit Humor und Scharfsinn die Unterdrückung der Frauen auf allen Gebieten: Hedwig Dohm widerlegte die unterstellte ‚Natur der Frau‘ und hielt der Idee eines biologistischen Geschlechterdualismus – hier das Gefühlswesen Frau, dort der rationale Mann – ihre Idee von Frauen und Männern als sogenannte Ganzmenschen entgegen. Sie plädierte für die gleichberechtigte Bildung und Ausbildung von Mädchen sowie für die freie Wahl eines Berufs, der Frauen die ökonomische Selbstständigkeit sicherte. Sie forderte das Recht auf selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch, kritisierte das Eherecht, die Mystifizierung der Mutterschaft und die Doppelmoral. Sie kämpfte gegen die unzureichende sexuelle Aufklärung junger Mädchen sowie den Jugendwahn, der „das Weib entmenschte“.

Dem gemäßigten Flügel der Frauenbewegung, der den Geschlechterdualismus und die angebliche natürliche Bestimmung der Frau zur Hausfrau und Mutter nicht infrage stellte, waren Dohms Ideen schlicht zu radikal. Erst als der radikale Flügel um 1890 erstarkte, fand Hedwig Dohm mit Minna Cauer, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann Schwestern im Geiste, denen sie sich anschloss und mit denen sie sich organisierte.

Hedwig Dohm war nicht nur radikale Feministin, sondern auch Pazifistin. Im Ersten Weltkrieg war sie eine der wenigen öffentlichen Stimmen im deutschen Kaiserreich, die mit Texten wie *Der Missbrauch des Todes* oder *Wäre ich ein glühender Patriot* dem allgemeinen nationalen Kriegswahn widerstand. Nach Ende des Ersten Weltkriegs erlebte die Frauenstimmrechts-Pionierin als 87-Jährige, wie der Rat der Volksbeauftragten im November 1918 das Wahlrecht für Frauen verkündete. Hedwig Dohm starb am 1. Juli 1919 in Berlin.

Zitate:

- „Menschenrechte haben kein Geschlecht.“
- „Es handelt sich in der Tat bei der Frauenfrage um eine soziale Revolution, eine gewaltige und wunderbare, wie die Welt keine zweite gesehen, eine Revolution, in der einzig und allein mit geistigen Waffen gekämpft wird.“

Quelle: Digitales Deutsches Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/hedwig-dohm#actor-content-about>).

Bildnachweis: ETH-Bibliothek Zürich, Thomas-Mann-Archiv / Fotograf: Hanns Hanfstaengl / TMA_0585. Lizenz: Gemeinfrei



Minna Cauer

* 1. November 1841 in Freyenstein; † 3. August 1922 in Berlin

Minna Cauer war eine deutsche Pädagogin, Aktivistin im so genannten „radikalen“ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung und Journalistin.

1888 gründete Minna Cauer zusammen mit anderen Frauen in Berlin den Verein Frauenwohl, der das Sprachrohr des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung wurde. 1889 war sie Mitbegründerin des Kaufmännischen Hilfsvereins für weibliche Angestellte. 1896 arbeitete sie beim Internationalen Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen in Berlin mit. 1899 wurde ein Gegenverband zum Bund Deutscher Frauenvereine gegründet, der Verband Fortschrittlicher Frauenvereine, dessen Vorsitzende Cauer wurde. In diesem neuen Verband schlossen sich die Vereine zusammen, denen die Politik des Bundes Deutscher Frauenvereine zu defensiv erschien. Der Bund Deutscher Frauenvereine setzte auf Petitionen und die Unterstützung liberaler Kreise, um eine Verbesserung der Situation von Frauen auf zahlreichen Gebieten zu erreichen. Die radikalen Frauenrechtlerinnen kämpften öffentlich und offensiv und forderten unter anderem das Wahlrecht für Frauen. Sie kritisierten die fehlende Gleichberechtigung der Frauen im Entwurf zum neuen Bürgerlichen Gesetzbuch, sie bekämpften sexuelle Belästigung und Gewalt, den § 218 sowie Prostitution und Frauenhandel und sie befassten sich mit der Dienstboten- und Arbeiterinnenfrage. Im Ersten Weltkrieg wurde Minna Cauer bald zur Pazifistin.

Die Frauenbewegung stellte sie 1919 mit den Worten ein: „Meine Aufgabe innerhalb der Frauenbewegung halte ich für erfüllt, da das Bürgerrecht der Frau den Frauen gegeben worden ist“. Am Ende ihres Lebens stand dennoch die bittere Erkenntnis, „daß die Frauen nur im Kleinen ihr Dasein leben wollen, und daß ich wohl die letzte sein würde, der sie gern folgen würden. Einzelne wohl, aber viele?“

Zitate:

„Die politische Frauenbewegung mit großen und vielseitig damit verbundenen Kämpfen steht vor der Tür... Eine Bewegung ohne Wagemut stirbt. Laßt uns die Wagemutigen sein!“

„Davon sind alle überzeugt, daß die Frauenbewegung eine Weltbewegung ist.“

Quelle: Digitales Deutsches Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/minna-cauer#actor-content-about>).

Bildnachweis: Deutsches Historisches Museum, Kd 63/1447. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang



Paula Thiede

* 6. Januar 1870 in Berlin; † 3. März 1919 ebenda

Paula Thiede, geboren am 6. Januar 1870 in Berlin, war eine deutsche Gewerkschafterin. Sie entstammte einer Arbeiter_innenfamilie. Nach der Schule, in ihrem 14. Lebensjahr wurde sie Hilfsarbeiterin in einer Berliner Druckerei. Aufgrund der unmittelbaren Erfahrung der sozialen und wirtschaftlichen Not der Hilfsarbeiterinnen im Buchdruck beteiligte sie sich im März 1890 an der Gründung des „Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Stein-druck-Schnellpressen“, der erste Zentralverband der Gewerkschaftsgeschichte und eine der ersten gewerkschaftlichen Frauenorganisationen überhaupt.

1898 wurde der reichsweite Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands gegründet. Paula Thiede, damals noch keine 30 Jahre alt, übernahm den Vorsitz dieser Gewerkschaft. Sie war weltweit die erste Frau und Vorsitzende einer gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft.

Paula Thiede war maßgeblich beteiligt an den großen Streiks von 1891 und 1896 für einen Neunstundentag in den Druckereien. Der letzte große Streik war ein Erfolg. In den Druckereien galt fortan der Neunstundentag, auch für die Hilfsarbeiter_innen.

Für Paula Thiede waren die internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) weitere Höhepunkte ihres politischen Wirkens. In Kopenhagen wurde der Antrag der deutschen Delegation (mit Paula Thiede, Clara Zetkin und anderen) für einen internationalen Frauentag zur „Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts“ angenommen. Die Verbandszeitschrift der Buchdruckereihilfsarbeiter*innen, die „Solidarität“, mobilisierte mit nicht weniger als vier ausführlichen und kämpferischen Leitartikeln für diesen Tag. Für die bisherige Entrechtung der Frauen, so schrieb Paula Thiede darin, gäbe es „keinen stichhaltigen Grund, keinen außer der Ausrede, daß die Frauen seit je rechtlos gewesen sind“, und sie endete mit der Forderung: „Gebt uns unsere Menschenrechte, gebt uns das Wahlrecht!“.

Kurz nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 verstirbt Paula Thiede in der Gewissheit, dass Frauen sich nun endlich ihr Wahlrecht erkämpft haben.

Trotz erswerter Anreise („Generalstreik, Verkehrshindernisse, Barrikadenkämpfe in den Straßen Berlins“) halten am 8. März 1919 am Grabe Paula Thiedes einige Weggefährten Abschiedsreden. Kein Schmuck, sondern ein Schwert, so heißt es dort unter anderem, müsse auf das Grab von Paula Thiede gelegt werden, „als Zeichen, daß (Paula Thiede) immer eine tapfere Kämpferin gewesen ist im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft“.

Paula-Thiede-Ufer 10 ist die Adresse der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin. Benannt wurde die Straße nach Paula Thiede.

Paula Thiede – Der Film

verdi.tv hat im Frühjahr 2020 einen kurzen Film über das Leben von Paula Thiede gedreht. Darin wird das Leben der Gewerkschafterin in kurzen Szenen anschaulich gemacht (<https://www.verdi.de/ueber-uns/idee-tradition/++co++fcd09b4a-9364-11e9-b496-525400940f89>).

Quelle: Text von Uwe Fuhrmann in ver.di publik 02/2019.

Bildnachweis: <https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/paula-thiede-4377.html>



Clara Zetkin

* am 5. Juli 1857 in Wiederau; † am 20. Juni 1933 in Archangelskoje

Clara Zetkin war eine der bedeutendsten Vertreterinnen der proletarischen Frauen- und der Arbeiterbewegung, Sozialistin, Pazifistin, Kämpferin für das Frauenwahlrecht und Begründerin des Internationalen Frauentages.

Sie kämpfte für die ökonomische Unabhängigkeit der Arbeiterinnen, für das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, für gewerkschaftliche Organisation und gleiche politische Rechte. Von der bürgerlichen Frauenbewegung grenzte sie sich konsequent ab. Ihrer Ansicht nach ging es den bürgerlichen Frauen nur um das Recht auf akademische Bildung und auf Arbeit für höhere Töchter, während es ihr um die weltweite Emanzipation der Arbeiterinnen ging, die in allen Ländern auf der untersten Stufe der Gesellschaft standen und von allen Ausgebeuteten die am meisten Unterdrückten waren.

1892 wurde Clara Zetkin die Leitung der Zeitschrift "Die Gleichheit" in Stuttgart angeboten. Unter Zetkins mehr als 25-jähriger Verantwortung entwickelte sich diese Zeitschrift zum maßgeblichen publizistischen Organ der Arbeiterinnenbewegung mit immensen Auflagenzahlen. Clara Zetkin selbst wurde durch dieses einflussreiche Sprachrohr zur Leitfigur und zum Zentrum der wachsenden proletarischen Frauenbewegung. Und zwar nicht nur national, sondern auch international: 1907 wurde sie auf der von ihr in Stuttgart organisierten I. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zur Leiterin des neugegründeten Internationalen Frauensekretariats bestimmt. Und auf der Folgekonferenz 1910 in Kopenhagen initiierte sie mit dem Internationalen Frauentag einen Kampftag für Gleichberechtigung, Demokratie, Frieden und Sozialismus, der 1911 unter dem Motto "Heraus mit dem Frauenwahlrecht!" erstmals begangen wurde und ein noch heute aktuelles Erbe Zetkins darstellt.

In der Weimarer Republik wurde Clara Zetkin nicht nur zur kommunistischen Spitzenfunktionärin und Berufspolitikerin, sondern auch zur führenden kommunistischen Frauenrechtlerin. Die Zahl ihrer Ämter auf nationaler wie internationaler Ebene war groß.

Schließlich gehörte Clara Zetkin auch zu den Frauen, die ab 1919 erstmals als Abgeordnete in deutsche Parlamente einziehen konnten: 1919/20 war sie Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung Württembergs und hielt dort am 28. Januar 1919 ihre erste Rede, womit sie gleichzeitig eine der ersten Frauen überhaupt war, die jemals in einem deutschen Parlament sprechen konnten. Von 1920 bis 1933 gehörte sie dann dem Deutschen Reichstag an.

All dieser Ämter gerecht zu werden, viel ihr zunehmend schwer, da sie nicht nur zunehmend kränker wurde, sondern auch immer wieder für kürzere oder längere Zeit in der UdSSR lebte. Im August 1932 kehrte die 75-Jährige, gebrechlich und fast völlig erblindet, ein letztes Mal nach Deutschland zurück, um als erste Alterspräsidentin den vorletzten demokratischen Reichstag zu eröffnen, in dem erstmals die NSDAP die stärkste Partei war. Die Gegnerin des Faschismus warnte dabei vor der Gefahr des Nationalsozialismus und forderte einen Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte.

Quellen: Uni Leipzig (<https://research.uni-leipzig.de/agintern/frauen/zetkin.htm>); Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35316/clara-zetkin?p=all>)

Bildnachweis: Deutsches Historisches Museum, F 52/2589. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang.



Elisabeth Selbert

* 22. September 1896 in Kassel; † 9. Juni 1986 ebenda

Die Kasseler Juristin Elisabeth Selbert wurde bekannt als eine der vier ‚Mütter‘ des Grundgesetzes. Nominiert für die SPD, setzte sie sich erfolgreich für die Gleichberechtigung im auszuarbeitenden Grundgesetz ein. Ihr ist es zu verdanken, dass die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der BRD in Artikel 3 Abs. 2 festgeschrieben wurde.

1948 wurde Elisabeth Selbert vom Land Niedersachsen für den Parlamentarischen Rat nominiert. Dort war sie unversehens mit dem Thema Gleichberechtigung konfrontiert. Den Grundsatz ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘ hatte sie für selbstverständlich und außerhalb jedes Diskussionsbedarfs angesehen, aber es zeigte sich sehr bald, dass seine Durchsetzung viel Überzeugungskraft und großen Einsatz erforderte. Die Historikerin Gille-Linne weist darauf hin, dass die Formulierung zwar sehr schlicht war, die Auswirkungen aber sehr weitreichend waren, denn die Gleichberechtigung wurde nicht gefordert, sondern postuliert. Damit würde dieser Satz die Grundlage für eine grundlegende Reformierung großer Teile des BGB erzwingen, denn die alten Regelungen wären mit einem Schlag verfassungswidrig. Neben Selbert unterstützte nach anfänglichem Zögern auch Friederike Nadig, die zweite SPD-Frau im Parlamentarischen Rat diesen Vorschlag und auch männliche Sozialdemokraten plädierten, wenn teilweise auch etwas verzögert, für diesen Entwurf. Die beiden anderen Frauen, Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum) unterstützten die Gleichberechtigungsforderungen zunächst nicht. So wurde der Antrag der SPD in der 1. Lesung im Hauptausschuss mit 11 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Selbert hatte für diesen Fall bereits Widerstand angedroht, den sie nun mit tatkräftiger Unterstützung und logistischer Hilfe der SPD-Frauensekretärin Herta Gotthelf organisierte. Frauenverbände und Einzelpersonen schrieben daraufhin an den Parlamentarischen Rat und Selbert nutzte diese Eingaben geschickt, um ihr Ziel, die Formulierung der Gleichberechtigung im Grundgesetz, zu erreichen. In der entscheidenden Sitzung am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz als unveräußerliches Grundrecht angenommen. Die Aufnahme des Satzes bedeutete die Verpflichtung des Gesetzgebers, alle dem Prinzip der Gleichberechtigung entgegenstehenden Gesetze anzupassen, was darauf hinauslief, dass viele der Eheregelungen, die im BGB um 1900 installiert worden waren, geändert werden mussten.

Die Verabschiedung des Grundgesetzes war nach den eigenen Worten von Elisabeth Selbert die „Sternstunde ihres Lebens“, doch im Grunde war es nur der Anfang. Es folgte ihre jahrzehntelange Beteiligung an der Anpassung des patriarchalisch geprägten Familienrechts an den Gleichberechtigungsanspruch der Verfassung.

Quelle: Digitales Deutsches Frauenarchiv (<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/elisabeth-selbert#actor-content-about>).

Bildnachweis: AddF – Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel, Sign.: NL-P-11 ; A-F1/00301. Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang



Helke Sander

* 31. Januar 1937 in Berlin

Helke Sander ist eine deutsche feministische Filmemacherin und Autorin. Von 1966 bis 1969 studierte sie an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin und arbeitete neben dem Studium als Übersetzerin und Reporterin. 1968 organisierte sie erste unabhängige Kinderläden und gründete zusammen mit anderen Frauen den Aktionsrat zur Befreiung der Frau. Als dessen Vertreterin hielt sie bei der Delegiertenkonferenz des SDS am 13. September 1968 eine Rede. Darauf folgte der berühmte „Tomatenwurf“.

Der „Tomatenwurf“ gilt als das Startsignal für die zweite Welle der Frauenbewegung im Westen. Auf dem Kongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wollte Helke Sander als Sprecherin des Aktionsrates zur Befreiung der Frau eine Rede halten und darauf aufmerksam machen, dass die Männer im SDS in ihrer Gesellschaftskritik nicht weit genug gingen, weil sie die Diskriminierung der Frauen ignorierten. Sie kritisierte, dass der gesamte private Bereich und die Aufgabenteilung per Geschlecht aus den politischen Diskussionen ausgeklammert werden. Aus ihrer Sicht war das Private politisch und gehörte mitdiskutiert. Bereits im Vorfeld gab es große Widerstände gegen ihre Beteiligung auf dem Kongress. Dennoch hielt Helke Sander ihre Rede. Als der Vorstand danach einfach weiter zu Tagesordnung übergehen wollte, ohne ihre Überlegungen zu diskutieren, warf Sigrid Damm-Rüger als Zeichen weiblichen Protests Tomaten in Richtung des Vorstandstisches.

Gemeinsam mit Claudia von Alemann organisierte Helke Sander das Erste internationale Frauenfilmseminar, das 1973 in Berlin stattfand. 1974 gründete sie die Zeitschrift „Frauen und Film“, die erste feministische Filmzeitschrift in Europa, die sie bis 1981 herausgab. Sanders filmisches Schaffen ist untrennbar mit ihrem feministischen Engagement verbunden.

Bildnachweis: <https://www.helke-sander.de/>



Liesel Kipp-Kaule

* 13. Februar 1906 in Bielefeld; † 10. Juli 1992 ebenda

Liesel Kipp-Kaule war gelernte Näherin und bis 1933 Betriebsrätin. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute sie die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder in der Britischen Zone mit auf. Ab 1946 war sie Gewerkschaftssekretärin und ab 1947 Sachbearbeiterin für Frauen und Jugend.

1947 wurde sie als einzige Frau in den Vorstand des DGB für die Britische Zone gewählt. Von 1949 bis 1963 war sie Mitglied im Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für das gesamte Bundesgebiet und West-Berlin - sie wurde sechs Mal wiedergewählt. Von 1949 bis 1965 war sie ebenfalls Mitglied des Bundestages (SPD), wo sie maßgeblich am Mutterschutzgesetz beteiligt war.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.dgb.de/einblick/++co++47c5ecc0-c585-11e9-a29f-52540088cada>



Clara Sahlberg

* 3. Juli 1890 in Rixdorf bei Berlin, jetzt Berlin; † 13. April 1977 in Fleisbach bei Herborn

Clara Sahlberg war gelernte Schneiderin und seit 1909 erst Bürohilfskraft, ab 1912 Gewerkschaftssekretärin beim Gewerkverein der Heimarbeiterinnen für Kleider- und Wäschekonfektion. Ab 1914 war sie dort Beisitzerin im Hauptvorstand.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis 1933 war sie zunächst arbeitslos. Dann arbeitete sie beim Arbeitsamt Berlin. Dort verhalf sie als Gegnerin des Regimes anderen Verfolgten zu „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 half sie dem untergetauchten christlichen Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer Jakob Kaiser und seiner Frau mit gefälschten Arbeitsbüchern und Lebensmittelkarten.

Nach Kriegsende wirkte Clara Sahlberg zunächst in der Ost-CDU und dem FDGB in der sowjetischen Zone. 1948 ging sie jedoch in den Westen und war dort bis zu ihrem Ruhestand 1955 für die ÖTV (heute ver.di) tätig.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.dgb.de/einblick/++co++47c5ecc0-c585-11e9-a29f-52540088cada>



Thea Harmuth

* 1906; † 1956

Thea Harmuth begann bereits mit 15 eine Lehre als Stenotypistin und war seit 1922 Mitglied im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten. 1925-26 besuchte sie die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, anschließend war sie Frauensekretärin in mehreren Konsum- und Verbrauchergenossenschaften.

1934 ging sie nach München, um wieder als Stenotypistin zu arbeiten, da ihr die Gewerkschaftsarbeit unter den Nazis nicht möglich war. Harmuth wurde auf dem DGB-Gründungskongress 1949 als einzige Frau – mit 10 Kollegen – in den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. Sie setzte sich gegen Liesel Kipp-Kaule durch. Sie blieb GBV-Mitglied und Leiterin der DGB-Abteilung „Frauen“ bis zu ihrem Tod am 10. Januar 1956.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.dgb.de/einblick/++co++47c5ecc0-c585-11e9-a29f-52540088cada>



Ingeborg Tönnesen

* 8. Dezember 1912 in Hamburg; † 19. März 2009 in Fellbach

Ingeborg Tönnesen war ausgebildete Schneiderin und Krankenschwester. Seit 1928 engagierte sie sich gewerkschaftlich im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband. Während ihrer Aktivitäten im gewerkschaftlichen Widerstand war sie während der Nazi-Diktatur ab 1936 im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach Kriegsende meldete sie sich freiwillig als Krankenschwester im befreiten KZ Bergen-Belsen. Sie gründete mit anderen den „Bund freier Schwestern“ (Krankenschwestern).

1947 besuchte Tönnesen als Delegierte den Vereinigungsverbandstag der ÖTV (heute ver.di). 1948 übernahm sie den Vorsitz des Bundes freier Schwestern in der ÖTV in der britischen Besatzungszone und leitete das Frauenzentrum der ÖTV in den Westzonen. Später repräsentierte sie die ÖTV im Bundesfrauenausschuss des DGB.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.dgb.de/einblick/++co++47c5ecc0-c585-11e9-a29f-52540088cada>



Maria Weber

* 27. Dezember 1919 in Horst-Emscher/Gelsenkirchen-Horst; † 25. Juni 2002 in Essen

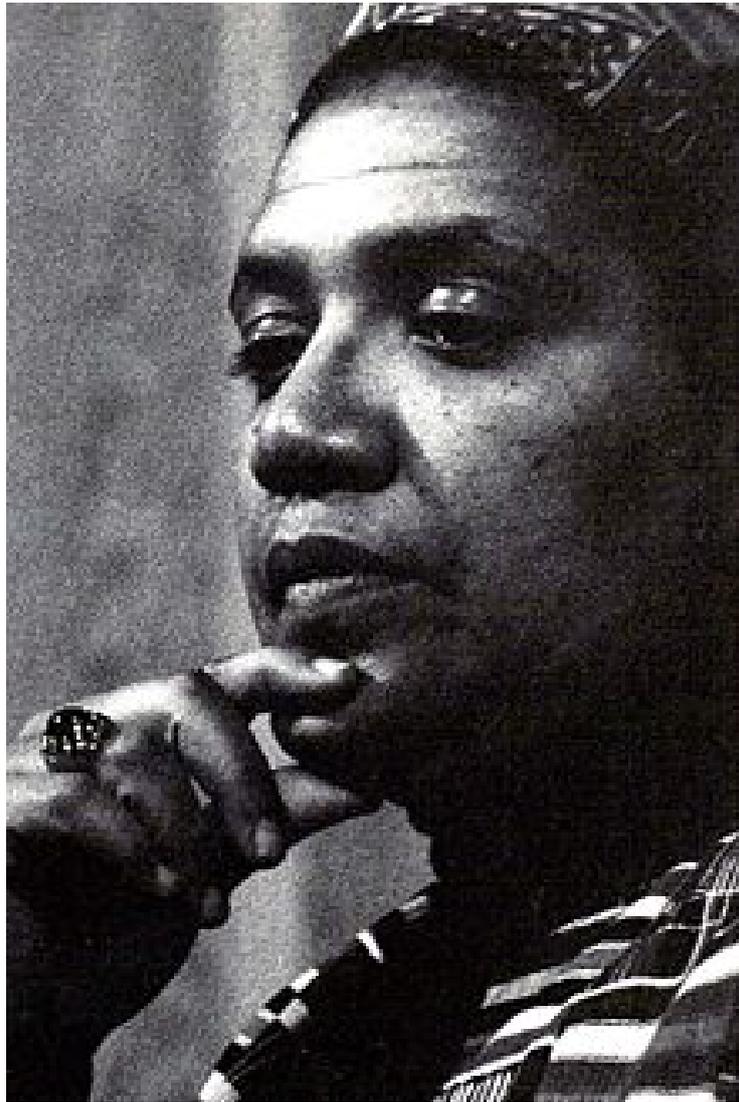
Maria Weber wurde 1956 als Nachfolgerin von Thea Harmuth Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und 1972 zur ersten weiblichen Vize-Vorsitzenden. Das Amt hatte sie bis 1982 inne.

Sie begann nach der Schule eine Schneiderlehre, die sie 1938 beendete. Ab 1939 arbeitete sie zunächst als Telefonistin, anschließend als Werkstoffprüferin in einem Großbetrieb. Ihren Wunsch, zu studieren, konnte sie nicht verwirklichen, obwohl sie durch Abendkurse versuchte, die erforderliche Zulassung zu erlangen.

Nach dem Krieg wurde sie Betriebsrätin und später stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und trat der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) bei. 1947 und 1948 besuchte sie die Akademie der Arbeit in Frankfurt.

Sie wurde 1947 in den Zonenfrauenausschuss des DGB in der britischen Zone gewählt und arbeitete seit 1950 hauptamtlich für den DGB in Düsseldorf und war dort Betriebsratsvorsitzende.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.dgb.de/einblick/++co++47c5ecc0-c585-11e9-a29f-52540088cada>



Audre Lorde

* 18. Februar 1934 in Harlem, New York City; † 17. November 1992 in Christiansted, Saint Croix, Amerikanische Jungferninseln

Audre Lorde war eine US-amerikanische Schriftstellerin, Wissenschaftlerin und Aktivistin. Sie bezeichnete sich selbst als black lesbian feminist mother poet warrior (schwarz, lesbisch, Feministin, Mutter, Dichterin, Kriegerin).

Sie wurde im Kontext der Frauenbewegung in den achtziger Jahren nach Berlin eingeladen, um an der Freien Universität zu unterrichten. Sie war in den USA in der Bürgerrechtsbewegung, aber auch in der Frauen- und Lesbenbewegung aktiv.

Lorde hat das Thema Rassismus in die deutsche Frauenbewegung reingebracht und damit eine Welle der afro-deutschen Bewegung in Gang gesetzt.

Mehr über sie und ihr Leben in Berlin zeigt der Dokumentarfilm „Audre Lorde - The Berlin Years 1984 to 1992“, der auch mit deutschen Untertiteln angeschaut werden kann.

Quelle und Bildnachweis: https://de.wikipedia.org/wiki/Audre_Lorde



May Ayim

* 3. Mai 1960 in Hamburg; † 9. August 1996 in Berlin

May Ayim zählte zu den prominentesten Vertreterinnen der afro-deutschen Community in Deutschland. Ihre Worte und Werke führten nicht nur zur Sichtbarmachung dieser Community, sondern auch mit zur Bekanntmachung der deutschen Kolonialgeschichte.

May Ayim (mit bürgerlichem Namen Sylvia Brigitte Gertrud Opitz) wurde 1960 als Tochter einer deutschen Mutter und eines ghanaischen Austauschstudenten in Hamburg geboren. Sie wuchs nicht bei ihren leiblichen Eltern auf, sondern wurde im Alter von 18 Monaten von der Familie Opitz aus Münster adoptiert.

Schon früh war May Ayim mit rassistischen Erfahrungen konfrontiert, die sie selbst auf ihre eigene Hautfarbe zurückführte. „Jahrelang lebte ich mit dem Empfinden, in der deutschen Gesellschaft weder eine Geschichte noch eine Zukunft zu haben, sondern eines Tages auswandern zu müssen. Daß das sehr belastend ist, steht außer Frage. Inzwischen ist mir klar, daß dies keine Einzelerfahrung ist und mein Erleben exemplarisch den Umgang mit einer Bevölkerungsgruppe widerspiegelt, die im Bewußtsein weiter Teile der deutschen Gesellschaft einfach nicht existent ist.“

Nach ihrem Abschluss in Pädagogik an der Universität Regensburg zog May Ayim 1986 nach West-Berlin, wo sie die US-amerikanische Wissenschaftlerin, Frauenrechtsaktivistin und Poetin Audre Lorde kennenlernte. Durch Audre Lordes Initiative entstand das Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“ (1986), in dem May Ayim ihre Diplomarbeit veröffentlichte.

In Analogie zu „Afro-American“ entwickelte sie im Austausch mit anderen die Selbstbezeichnung „Afrodeutsch“. Diese ‚Doppelidentität‘ kommunizierte May Ayim später in ihren Gedichten „afro-deutsch I“ und „afro-deutsch II“, die 1995 in ihrem ersten Gedichtband „blues in schwarz weiss“ erschienen. Gleichzeitig forderte sie die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft heraus, sich mit der Geschichte des Kolonialismus auseinanderzusetzen, und verhandelte das Selbstverständnis dessen, was als Deutsch angenommen oder abgelehnt wurde, neu.

Am 9. August 1996 entschied sich May Ayim aus dem Leben zu gehen, und sprang in Berlin-Kreuzberg vom 14. Stockwerk eines Hochhauses.

Im Jahr nach ihrem Tod erschien im Orlanda Frauenverlag in Berlin May Ayims zweiter Gedichtband „Nachtgesang“ (1997) sowie ein Sammelband mit dem Titel „Grenzenlos und Unverschämt“ (1997), der ihre politischen und biografischen Essays, Interviews und Fotos beinhaltet. Die Filmemacherin Maria Binder dokumentierte mit „Hoffnung im Herz“ (1997) die Spuren ihres Lebens und ihrer Werke.

2010 wurde das Gröbenufer in Berlin in May-Ayim-Ufer umbenannt. Mit der Namensänderung wurde sichergestellt, dass der Bezug zum deutschen Kolonialismus hergestellt und im Stadtbild der ehemaligen Kolonialhauptstadt Berlin verewigt wird. Der ursprüngliche Namensgeber des Ufers Otto Friedrich von der Groeben hatte durch seine Unternehmungen den menschenverachtenden transatlantischen Sklavenhandel ermöglicht.

Quelle: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/may-ayim>

Bildnachweis: FFBIZ - das feministische Archiv e.V.; Lizenz: Rechte vorbehalten - Freier Zugang



Anne Wizorek

* 5. Mai 1981 in Rüdersdorf bei Berlin

Anne Wizorek ist eine deutsche Feministin und Aktivistin. Sie lebt im Internet und in Berlin. Dort arbeitet sie als Autorin und selbstständige Beraterin für digitale Medien. Sie entwickelt Strategien und Botschaften für Unternehmen und Organisationen, die im Netz kommunizieren.

2011 organisierte sie die re:publica mit, Deutschlands größte Konferenz rund um Blogs, Social Media und die digitale Gesellschaft. Im selben Jahr war sie ebenso Co-Organisatorin des 1. Berliner SlutWalks, einer Demonstration gegen die Verharmlosung von Vergewaltigungen und für sexuelle Selbstbestimmung.

Seit 2006 bloggt Anne Wizorek bereits und schrieb dabei u.a. schon für spreeklick.com. Ferner engagiert sie sich sowohl on- als auch offline für Geschlechtergerechtigkeit. Im Januar 2013 gründete sie das Gemeinschaftsblog kleinerdrei.org, auf dem sie über fünf Jahre lang mit anderen Autor_innen über Herzensthemen von Politik bis Popkultur schrieb und sprach. kleinerdrei wurde dafür u.a. 2014 in der Kategorie "Kultur und Unterhaltung" für den Grimme Online Award nominiert.

Anne Wizorek ist Initiatorin des Hashtags #aufschrei, unter dem vor allem in Deutschland eine Debatte zum Thema Alltagssexismus angestoßen wurde. Im Juni 2013 würdigte der deutsche Journalistinnenbund Anne Wizorek für diese Initiative und #aufschrei wurde ebenfalls als erster Hashtag mit dem Grimme Online Award 2013 ausgezeichnet.

Zitat aus der Pressemitteilung: Die Jury würdige „eine gesamtgesellschaftlich in aller Breite geführte Diskussion, die im Web mitgezündet wurde, bei Twitter unter dem Hashtag #aufschrei an Dynamik gewann, sämtliche Mediengrenzen übersprang. Und bis heute Menschen in ganz Deutschland (und darüber hinaus) bewegt.“

Im September 2014 erschien Anne Wizoreks erstes Buch "Weil ein #aufschrei nicht reicht" im Fischer Verlag. In diesem entwirft sie eine moderne feministische Agenda, die u.a. von sexueller Selbstbestimmung bis zu Vereinbarkeit und gleichen Rechten für LGBTIQ reicht. Außerdem gibt sie einen Einblick darin, wie feministisches Engagement, im Netz und außerhalb, im Großen wie im Kleinen, heutzutage aussehen kann.

Von der Plattform Edition F wurde sie im November 2014 in Kooperation mit D64 e.V., dem Zentrum für digitalen Fortschritt, als eine der „25 Frauen für die digitale Zukunft“ ausgezeichnet.

In Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros (BAG) organisierte sie im selben Jahr die Netzwerktagung "Dann geh' doch nicht ins Internet?!" zum Thema Gewalt gegen Frauen im Netz.

2015 wurde Anne Wizorek von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes als Botschafterin des Themenjahres gegen Geschlechterdiskriminierung benannt. Im Januar 2016 initiierte sie mit 21 anderen feministischen Aktivist_innen die Kampagne #ausnahmslos, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Rassismus. Als Mitglied der Sachverständigenkommission arbeitete Anne Wizorek am 2. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit, der im Sommer 2017 veröffentlicht wurde.

Im Herbst 2018 erschien im Duden Verlag die Streitschrift „Gendern?!“, in der sie ein Plädoyer für eine geschlechtergerechtere Sprache verfasst hat.

Zuletzt verfasste sie mit anderen Aktiven den Aufruf #NetzhohneGewalt, um auf die geschlechtsspezifischen Aspekte von digitaler Gewalt und Hate Speech hinzuweisen und weitere Maßnahmen dagegen einzufordern.

Quelle und Bildnachweis: <https://www.annewizorek.de/ueber>



Margarete Stokowski

* 14. April 1986 in Zabrze

Margarete Stokowski ist eine polnisch-deutsche Autorin und Kolumnistin. Das Magazin der Süddeutschen Zeitung bezeichnete sie 2019 als „lauteste Stimme des deutschen Feminismus“.

Seit 2009 schreibt sie für verschiedene Zeitungen und Magazine. Während ihres Studiums an der Humboldt-Universität zu Berlin sammelte sie erste journalistische Erfahrungen bei der Studentenzeitung UnAufgefordert und übernahm dort auch den Posten der Chefredakteurin. Von 2011 bis 2015 verfasste sie Kolumnen für die taz. Seit Oktober 2015 schreibt sie die Online-Kolumne Oben und unten beim Spiegel. 2016 erschien ihr Sachbuch „Untenrum frei“. Gemeinsam mit Sibylle Berg und anderen veröffentlichte sie im August 2018 auf Spiegel Online und Watson.ch den „weiblichen“ Bildungskanon unter dem Titel „Diese Frauen müssen Sie kennen“. Ende September 2018 kam die Textsammlung „Die letzten Tage des Patriarchats“ heraus. Sowohl „Untenrum frei“ als auch „Die letzten Tage des Patriarchats“ gelangten auf die Spiegel-Bestsellerliste.

2018 löste sie eine Kontroverse aus, als sie eine bereits ausverkaufte Lesung in einer Münchner Buchhandlung absagte, weil diese auch Primärtexte rechter Autoren führte. Sie wurde 2019 ausgezeichnet mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für ihre Arbeit als Kolumnistin von Spiegel Online, sowie mit dem Luise Büchner-Preis für Publizistik für ihre Analyse der „Widersprüche in den Beziehungen zwischen Frauen und Männern, die in unserer vermeintlich egalitären Gesellschaft immer noch vorhanden sind“.

In ihrer Rede zur Verleihung des Tucholsky-Preises, die in Auszügen in der taz veröffentlicht wurde, sprach Stokowski über „Morddrohungen und die Untätigkeit des Staates“. Sie wolle „Morddrohungen nicht normal finden“. Ihre Strafanzeigen, die sie nicht wegen Beleidigungen, sondern wegen Drohungen gegen Leib und Leben erstattet hatte, seien eingestellt worden, weil es an einem öffentlichen Interesse mangle:

„Ich würde gern glauben, dass es ein öffentliches Interesse daran gibt, dass Autorinnen Texte schreiben können, ohne erklärt zu kriegen, sie sollten verprügelt, erschossen und verbrannt werden. Das scheint mir nicht zu viel verlangt.“ Margarete Stokowski (2019)

Quelle und Bildnachweis: https://de.wikipedia.org/wiki/Margarete_Stokowski